

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Auer. Druck: A. Auer. Verlagsort: Auer. Preis: 1.50 M. pro Quartal. Einzelheft: 0.50 M. Subskriptionspreis: 4.50 M. pro Jahr. Anzeigenpreis: Die Abgabestelle des Tagesblattes oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg., Kellernanzeigen für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., sonst 100 Pfg. Größere Abteilungen entsprechend. Anzeigenannahme bis 10 Uhr Vorm. Für Fehler im Druck kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder dem Redakteur nicht deutlich lesbar ist.

Abgabestelle: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 M., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 M. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 M., monatlich 4.00 M., durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.00 M., monatlich 4.00 M. Erhöht ist die in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Abgabestellen, sowie alle Poststellen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 140

Montag, den 21. Juni 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung **Fehrenbach zum Reichszankler ernannt.**

Die Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland wird bestätigt.

Nach einer Meldung aus Paris haben 85 Deputierte der Kammer den Antrag gestellt, den Lichtstundentag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu erhöhen.

Die Jahresversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat sich entschieden gegen die 48 Stunden Woche in den Betrieben erklärt.

Das englische Kabinett hat die Vorschläge Venizelos, griechische Truppen zur Verstärkung der griechischen und indischen Truppen in die Zone der Meerengen von Konstantinopel zu senden, angenommen.

## Die Regierungskrise vor ihrer Lösung?

Es scheint, als ob wir allmählich aus der Krise herauskommen und sich langsam doch eine Plattform herauszubilden beginnt, auf der nicht bloß Zentrum und Deutsche Volkspartei, sondern auch die Demokratische Partei mit ihnen eine Regierung bilden können. Fehrenbach hat sich im Laufe des Freitag abend bis in die späte Nacht hinein bemüht, ein Verständigungspunkt zwischen den beiden letztgenannten Parteien herbeizuführen, und in unverbündeten Verhandlungen sowie in einem Schriftwechsel hat man eine gewisse Annäherung erzielt. Es gewinnt den Anschein, als wenn eine grundsätzliche Weggängigkeit, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, in der Fraktion nicht mehr besteht, vorausgesetzt, daß die in der Erklärung Peterens aufgestellten Vorkämpfe zum Grundcharakter des Regierungsprogramms gemacht werden und im Reichstag selbst eine parlamentarische Basis für die neue Regierung gesichert wird. Es wird also zunächst die Frage der Regierungsbildung von den Entschlüssen abhängen, welche die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionsitzung am heutigen Montag und die Sozialdemokratische Partei am Dienstag fassen werden. Die Deutsche Volkspartei läßt verlauten, ihre eigenen Parteigrundsätze, von denen sie nicht lassen könne, seien gar nicht so grundverschieden von den von Senator Peteren geäußerten Auffassungen, daß eine Uebereinstimmung unvermeidbar wäre.

Die Demokraten gingen in dem Schriftwechsel von den Peterenschen Leitlinien aus, und die Deutsche Volkspartei erklärte sich ebenso wie das Zentrum bereit, diese als gemeinsame Regierungsgrundlage anzuerkennen. Nur zur Frage der republikanischen Staatsform sprach sich die Deutsche Volkspartei in einer Form aus, die mißdeutet werden konnte, und die nicht im Einklang stand mit den Forderungen des demokratischen Programms. Es folgte eine Erwiderung der Demokraten, in der die Sicherung der republikanischen Verfassung und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Gegensatz zu den antisemitischen Tendenzen berührt wurde. Darauf haben Fehrenbach und Dr. Heinze Sonntagvormittag der demokratischen Fraktion nochmals eine Antwort zugehen lassen, in der Heinze den Vorbehalt macht, daß er zu diesem letzten Schritt noch die Zustimmung seiner Fraktion einholen müsse. Das soll inzwischen geschehen sein. Danach hätte die Deutsche Volkspartei nunmehr erklärt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle, den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung und der Koalition absehen werde. In parlamentarischen Kreisen vermutet man, daß die amtliche Ernennung Fehrenbachs zum Reichszankler nur noch eine Frage von Stunden ist. Es wird angenommen, daß die bisherigen Minister Koch, Dr. Geßler, Dr. Wirth, Giesberts und Hermes in ihren Ämtern verbleiben. Von der Deutschen Volkspartei werden als Kandidaten Dr. Heinze für das Justizministerium und Geheimrat Wiedfeld genannt. Auch von Kardorff kommt in den Namenslisten vor. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach einer Mitteilung des B. Z. der neuen Regierung voraussichtlich ein wenn auch vielleicht bedingtes, Vertrauensvotum erteilen, um ihr parlamentarisch die Möglichkeit einer einigermaßen gesicherten Stellung für die nächste Zeit zu geben. Die Deutschnationalen sollen entschlossen sein, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokratie einzunehmen. In den Fraktionsbüros der Unabhängigen spricht man offen von der nicht mehr ferneren Notwendigkeit, die Geschäfte des Reichs zu übernehmen, wenn der bürgerliche Versuch einer Kabinettsbildung gescheitert sei.

Die ersten Arbeiten des neuen Reichstags.

Der neue Reichstag wird nur bis zum 2. Juli tagen und sich alsdann auf einige Zeit vertagen, um

erst wieder zusammenzutreten, wenn die Ergebnisse von Spa vorliegen. Die ersten Sitzungen in der nächsten und übernächsten Woche werden ausgefüllt mit der Wahl der Reichstagspräsidenten, Entgegennahme von Erklärungen der neuen Regierung und Gegenerklärungen der Parteien, sowie Verabschiedung einiger wichtiger Vorlagen finanzieller Art: Bewilligung von Mitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise, Bewilligung von Staatsmitteln für die Monate Juli bis September. In andere sachliche Beratungen wird der Reichstag vorläufig nicht eintreten. Man rechnet, wenn in Spa keine Zwischenfälle eintreten, Anfang August mit einem erneuten Zusammentritt des Parlaments, um der neuen Regierung Gelegenheit zu geben, sich einzuarbeiten. Die Wahl des neuen Reichspräsidenten ist bereits durch die Fraktionen des Reichstags. Wie verlautet, wollen die Mehrheitssozialisten keine Präsidenten stellen, während die Unabhängigen Anspruch auf den ersten Präsidenten unter diesen Umständen erheben. Wahrscheinlich dürfte aber eine Einigung dahin erfolgen, daß der Präsident von einer der Regierungsparteien gestellt wird, wahrscheinlich vom Zentrum, und die Rechte, die Demokraten und die Unabhängigen je einen Vizepräsidenten stellen. Die Wahl eines unabhängigen Sozialdemokraten zum ersten Präsidenten lehnen die bürgerlichen Parteien ab, weil sich diese Partei gemindert hat, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Es wird aber der Versuch gemacht werden, die Mehrheitssozialisten zu bewegen, den Kandidaten zum ersten Präsidenten zu stellen. Die Präsidentenwahl wird die erste Belastungsprobe für den neuen Reichstag werden.

## Das sächsische Landtagswahlgesetz.

Enge Anknüpfung an das Reichstagswahlgesetz. — 84 Abgeordnete. — Es bleibt bei drei Wahlkreisen.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns mitgeteilt: Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung am Freitag über den Entwurf eines neuen Landeswahlgesetzes beraten, der in den nächsten Tagen der Volksstammer zur Beschlussfassung zugehen wird. Der Entwurf schließt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Die Regierung erhofft von dieser Anpassung, daß sich für die Reichstags- und Landtagswahlen ein einheitliches Verfahren einbürgert, das den Wählern vertraut wird und den Behörden und Parteiorganisationen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erleichtert und vereinfacht. Nur in einem wesentlichen Punkte weicht der Entwurf von dem Reichswahlgesetz ab. Dieses setzt keine bestimmte Zahl von Abgeordneten fest, sondern macht die Zahl durch die Vorschrift, daß auf je abgegebene 60 000 gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt, von der Wahlbeteiligung abhängig. Dem Gesamtministerium ist es nicht zweckmäßig erschienen, dieses Verfahren auf die engeren Verhältnisse des Landes zu übertragen. Im Reich werden Verschiedenheiten in der Wahlbeteiligung untereinander einen gewissen Ausgleich finden. Auch sind Schwankungen in der Abgeordnetenzahl bei der größeren Abgeordnetenzahl des Reichstages erträglicher als bei dem kleineren Abgeordnetenkreise der sächsischen Volksvertretung. Der Entwurf setzt daher eine bestimmte Abgeordnetenzahl fest und bringt als solche die Zahl von 84 Abgeordneten in Vorschlag. Das Gesamtministerium war dabei der Auffassung, daß Erwünschtes und die Einschränkungen, die der Aufgabenkreis des Landes durch die Reichsverfassung erfahren hat, die Herabminderung von 96 auf 84 Abgeordnete gerechtfertigt erscheinen lassen.

Für Verteilung der Abgeordnetenliste auf die einzelnen Wahlvorschläge wird die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen durch die Zahl der Abgeordneten geteilt, woraus sich die sogenannte Wahlzahl ergibt, das ist die Zahl, auf die ein Abgeordneter entfällt. Jedem Wahlkreisvorschlag werden so viele Abgeordnetenliste zugewiesen, als die Wahlzahl in der Gesamtzahl der für ihn abgegebenen gültigen Stimmen enthalten ist. Die Reststimmen werden für die Landeswahlvorschläge verwertet. Dabei werden, um eine Zersplitterung des Parlaments in zu kleine Gruppen zu verhüten, in Anknüpfung an das Reichswahlgesetz die Reststimmen der an den gleichen Landeswahlvorschlag angeschlossenen Wahlvorschläge aber nur berücksichtigt, wenn wenigstens einer dieser Wahlkreisvorschläge die Wahlzahl oder zwei der Vorschläge je die Hälfte der Wahlzahl erreicht haben. Die danach zu verwertenden Reststimmen des ganzen Landes werden zusammengezählt. Ihre Gesamtzahl wird durch die Zahl der noch verfügbaren Abgeordnetenliste geteilt. Jedem Landesvorschlag werden so viele Sitze zugewiesen, als die sich ergebende Verteilungszahl in der auf ihn entfallenden Reststimmenzahl enthalten ist. Werden die verfügbaren Sitze durch diese Verteilung nicht erschöpft, so fallen die letzten Sitze den größten hierbei verbleibenden Restzahlen zu.

Die Regierung hat in Erwägung gezogen, ob sie an Stelle der drei großen Reichstagswahlkreise eine größere Zahl kleinerer Wahlkreise setzen sollte. Sie hat nicht verstanden, daß die kleinen Wahlkreise mannigfache Vorteile haben, daß sie insbesondere eine enge persönliche Verbindung zwischen Wähler und Abgeordnetem bewirken und die Unerschwinglichkeit der zu langen Wahl-

listen ausschalten. Das Gesamtministerium hat sich aber nicht dazu entschließen können, der Volksstammer eine Verkleinerung der Wahlkreise vorzuschlagen, weil die Umbildung der Parteiorganisationen auf neue Wahlkreise zweifellos viel Schwierigkeiten, Mühen und Kostenaufwand verursacht haben würde. Es sollen daher die drei Reichstagswahlkreise im wesentlichen beibehalten und nur der Wahlkreis der Grenzen der Kreishauptmannschaften Dresden, Leipzig und Chemnitz verschiedentlich überschneiden, so daß eine Reihe von Verwaltungsbezirken (es kommen die früheren Gerichtsbezirke Rössen, Dautsch, Wittweiba, Wurzkau, Deberan und Saida in Frage) für die Wahlen auseinandergerissen werden. Dies hat zu mannigfachen Irrtümern und Verwickelungen geführt. Die Grenzen der Landtagswahlkreise sollen also die Grenzen der Kreishauptmannschaften erhalten. Es werden danach umfassen der erste Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen, der zweite Wahlkreis die Kreishauptmannschaft Leipzig und der dritte Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwiskau. Die sächsische Regierung wird sich bei der Reichsregierung, dafür einsetzen, daß auch im Reichswahlgesetz die aus früheren Zeiten stammenden Grenzüberzeichnungen beseitigt und die Grenzen der Reichstagswahlkreise dieselben werden, wie sie der Entwurf für die Landtagswahlen vorschlägt.

## Unsinntiges Gerücht von deutschen Kriegsplänen.

Durch die Auslandspreise — Morningpost vom 2. Juni, nunmehr auch Intransigant und Straßburger Presse Nachrichten geht folgende Nachricht: Die deutsche Regierung wird unmisslich die Genauigkeit der nachfolgenden Informationen leugnen können: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimes Minister-rat statt. Einige Minister, nicht alle, wohnten dieser Beratung bei. Im Verlaufe dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits erörtert. Der Reichswehrminister war gegenwärtig. Der Chef des Generalstabes erklärte die militärische Lage. Gegen Frankreich könne Deutschland 70 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000 Mann. Diese militärischen Kräfte werden als genügend betrachtet, denn man könnte auf gewisse Hilfsdienste rechnen, sowie eine rasche Vervollständigung der Ersatzbestände durch gleichzeitige Einberufung mehrerer Reserveklassen. Eine äußerst schwierige Beratung entwickelte sich darüber, ob Deutschland auf die Neutralität gewisser Staaten rechnen könne, doch ist die Haltung eines gewissen Staates nicht sehr sicher und außerdem befürchtet man auch innere Wirren.

Der Intransigant erklärte sich bereit, die Wahrsamkeit dieser Behauptungen zu beweisen, indem er Namen und Daten jederzeit zitieren könne. Nach Rücksprache mit gutunterrichteter Seite ist hierzu das Folgende zu sagen: Wie Dr. Geßler schon am 5. Juni in einem Interview an Mister Saunders, früherer Korrespondent der Times, erklärt hat, ist die vorstehende Nachricht von Anfang bis zu Ende in das Reich der Fabel zu verweisen, insbesondere hat kein Minister einer Besprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen geblieben wurden. Einen Chef des Generalstabes gibt es nicht mehr. Wer den tatsächlichen Zustand des deutschen Volkes kennt, der sich bei Abwehr des militärischen Kapp-Zustandes so eklatant gezeigt hat und wer weiß, wie viel Waffen und moderne Geschütze auch nur zu den kleinsten aggressiven Unternehmungen nötig wären, der muß erstanen, daß eine geradezu un sinnliche Meldung in Betracht des von der Entente ständig kontrollierten Bestandes der deutschen Waffen in ersten ausländischen Blättern Aufnahme finden konnte.

## Zum zehnpromzentigen Lohnabzug.

über dessen Wirkung noch vielfach Unklarheit herrscht, werden von sachverständiger Seite die nachstehenden Darlegungen gegeben: Vom 25. Juni 1920 ab werden 10 Prozent vom Lohn, Gehalt und den sonstigen Vergütungen für Arbeiter, Beamte und Angestellte aller Art im privaten wie im öffentlichen Dienste für Einkommenssteuerzwecke gekürzt. Sollte durch den Abzug zuviel eingezahlt werden, erhält man nach der endgültigen Veranlagung den überschüssigen Betrag heraus; sollten die Abzüge den endgültigen Steuerbetrag nicht erheben — und das wird wohl meist der Fall sein — hat man eine Nachzahlung zu leisten. Es ist nun vielfach die Meinung verbreitet, daß die Abzüge im laufenden Jahr ungerecht wirkten, daß zuviel abgezogen würde, und daß auf dem Steueranforderungsscheiben nur die vorläufig zu zahlenden Steuern verzeichnet sind, der Lohnabzug aber höhere Beträge ergibt, wird mancher diese anscheinende Unstimmigkeit nicht verstehen. Die nachfolgenden Zahlenbeispiele sollen nun darlegen, daß diese Befürchtung nicht begründet ist. Es ist dabei immer zu bedenken, daß die für 1920 endgültig zu zahlenden Steuerbeträge bedeutend höher sein werden, als bis jetzt nur vorläufig angefordert. Der

**Lohnabzug** hat also schon für diese endgültigen Steuerforderungen auf.

Im Jahre 1920 werden im allgemeinen vorläufig die Einkommensteuern weiter bezahlt, die 1919 bezahlt worden sind, genauer vier Fünftel des Steuerbetrags, der an den drei Terminen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 an Staats-, Gemeinde- und Schuleinkommensteuern entrichtet worden ist. Diesen Steuern liegt die Einkommensschätzung für das Jahr 1919 zugrunde, im allgemeinen also ein Einkommen, das jemand zu einer Zeit, die schon länger zurückliegt, gehabt hat. Da die Gehälter und Löhne seitdem sehr beträchtlich gestiegen sind, so werden die Lohn- und Gehaltsempfänger 1920 vorläufig weniger Einkommensteuer zu zahlen haben, als sie nach ihrem jetzigen Einkommen zu zahlen hätten. Sobald freilich die erste Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt ist, werden die Nachzahlungsbeträge sehr erheblich sein. Diese Nachzahlungen werden aber durch den zehnprozentigen Lohnabzug bedeutend gemindert.

Ist beispielsweise ein lediger Gehalts- oder Lohnempfänger für 1919 mit einem Einkommen von 3500 Mark eingeschätzt und bezieht er jetzt 12000 M., so hat er dennoch für 1920 vorläufig nur nach einem Einkommen von 3500 M. Einkommensteuern zu zahlen, d. h. 378 M.; aber nur vorläufig. Er erhält hierüber ein Anforderungsschreiben, dem eine gedruckte Belehrung über den Lohnabzug beigegeben wird. Die Nachzahlung zur Erfüllung des nach der 1. Veranlagung zur Einkommensteuer festzusetzenden Steuerbetrags wird Anfang 1921 kommen. Bei einem 1920 wirklich bezogenen Einkommen von 12000 M. hätte er nach Abzug von 400 M. Versicherungsbeiträgen, 100 M. Gewerkschaftsbeitrag und 1500 M., die reichs Einkommensteuerfrei bleiben, von dem verbleibenden steuerpflichtigen Einkommen von 10000 M.: 1450 M. Reichs Einkommensteuern zu zahlen, und zwar auf das ganze Rechnungsjahr vom 1. April 1920 ab. Der zehnprozentige Lohnabzug wirkt aber erst vom 25. Juni ab, also nur auf  $\frac{1}{2}$  Jahr. Er beträgt 1160 M. jährlich, d. h. 10 Prozent von 12000 M. Lohn abzüglich 400 M. vom Arbeitnehmer zu zahlende Versicherungsbeiträge; auf  $\frac{1}{2}$  Jahr berechnet also 580 M. An dem Reichs Einkommensteuerbeträge von 1450 M. fehlen also trotz der zehnprozentigen Lohnabzugszahlung noch 870 M. die Anfang 1921 nachzahlen sein werden.

Bei einem Verheirateten mit zwei schulpflichtigen Kindern stellt sich die Rechnung folgendermaßen: Nach der 1919er Schätzung sind von 3500 M. Einkommen unter Berücksichtigung des Kinderprivilegs auf 1920 vorläufig 325 M. zu bezahlen. Bei einem 1920 tatsächlich bezogenen Einkommen von 12000 M. sind nach Abzug von 400 M. Versicherungsbeiträgen 100 M. Gewerkschaftsbeitrag und 3000 M. für den Steuerzahler selbst, seine Ehefrau und 2 Kinder von dem dann verbleibenden steuerpflichtigen Einkommen von 8500 M. an Reichs Einkommensteuer zu zahlen 1170 M. Die Lohnabzüge ergeben auf das Jahr gerechnet auch hier 1160 M., auf  $\frac{1}{2}$  Jahr 580 M. Und hier wird also trotz der Lohnabzugszahlung noch eine Nachzahlung zu leisten sein, und zwar in Höhe von 300 M.

Ein verheirateter Lohnempfänger mit 4 schulpflichtigen Kindern hat nach der 1919er Schätzung von 3500 M. Einkommen unter Berücksichtigung des Kinderprivilegs 263 M. Steuern zu zahlen. Bei einem jetzigen Einkommen von 12000 M. abzüglich 400 M. Versicherungsbeiträgen, 100 M. Gewerkschaftsbeitrag und 4000 M., die für ihn, seine Ehefrau und 4 Kinder steuerfrei bleiben, hat er von dem dann verbleibenden steuerpflichtigen 7500 M. 995 M. Einkommensteuer zu zahlen. Der 10prozentige Abzug ergibt auf das Jahr 1160 M., es werden also 165 M. zuviel abgezogen. Auf  $\frac{1}{2}$  Jahr vom 25. Juni 1920 bis 31. März 1921 werden durch den Lohnabzug aber nur 580 M. sichergestellt, also 125 M. weniger, als die endgültige Steuerforderung ausmacht.

Bei sehr hoher Kinderzahl kann der Lohnabzug eine Härte bedeuten. Ein Familienvater mit 9 Kindern hat nach der 1919er Schätzung 209 M. Steuern zu zahlen. Von seinem jetzigen Einkommen von 12000 M. bleiben reichssteuerfrei 500 M. Versicherungsbeiträge usw., 1500 M. für ihn, 500 M. für seine Frau und 4500 M. für seine Kinder insgesamt also 7000 M. Von dem verbleibenden steuerpflichtigen 5000 M. sind 800 M. Reichs Einkommensteuer zu zahlen. Der zehnprozentige Abzug auf das Jahr ergibt 1160 M., auf das  $\frac{1}{2}$  Jahr 580 M. Es werden also 270 M., oder monatlich 22,50 M., zuviel abgezogen. Für solche Fälle, wo zuviel abgezogen werden sollte, ist zur Vermeidung von Härten bestimmt, daß vor der endgültigen Veranlagung für 1920 eine bare Herauszahlung der einbehaltenen Beträge erfolgen kann, sofern die von dem Arbeitnehmer für 1920 endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 Prozent des mutmaßlich im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens beträgt. Ein entsprechender Antrag ist dann beim Finanzamt zu stellen. Der Grundgedanke, daß die Abtragung einer Schuld, mag es nun Mietzins oder mögen es Steuern sein, in vielen kleinen Teilbeträgen bedeutend leichter fällt, als die Zahlung in einer Summe, mit anderen Worten: die Zerlegung der bisherigen Steuertermine in 12 Monats- oder 52 Wochenstermine ist durchaus gesund. Mit dem Lohnabzug ist also eine Art Steuerparafas eingerichtet.

### Kleine politische Meldungen.

**Spa auf den 15. Juli verschoben.** Laut Echo de Paris wird die Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Rabinetsbildung in Deutschland bestätigt. Zu der Konferenz in Boulogne berichtet Mattin, man scheint sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100000 Mann zu beschränken. Nach einer Privatmeldung des Temps aus London hat die englische Regierung

beschlossen, die Dominions für die Beratungen der Konferenz in Spa heranzuziehen.

**2500 Millionen Mark — die erste Kostenrechnung für die Weisung.** Nach einer Meldung der Waller Nachrichten aus Paris wird der Oberste Rat für das erste Vierteljahr 1920 für die Kosten der Besatzungs-Armeen 2500 Millionen Mark von Deutschland fordern. Es heißt jedoch, daß die Forderungen für die kommenden Vierteljahre ermäßigt werden sollen.

**Der Wähltugendtag die Wurzel alles Übels.** Der Bezirkseisenbahnrat für die Eisenbahndirektionen Hannover und Münster saßte in seiner Sitzung in Hannover nach einem Vortrage des Eisenbahndir.-Präsidenten Wesener, zu dem sich die Mitglieder zustimmend äußerten, folgenden Beschluß: Eine Gesundung des Eisenbahnwesens, sowie der deutschen Volkswirtschaft ist nach der fortgesetzten Erhöhung der Tarife nicht zu erwarten. Die Wurzel des Übels liegt in der allgemeinen Einführung des Wähltugendtages, der ohne internationale Regelung für Deutschland vollständig unzulässig erscheint.

**Das Ende der Reichskulturförderung.** Die Reichskulturförderung wurde am Sonnabend geschlossen. In einer Schlußansprache wies Reichsminister Koch darauf hin, daß der Kongreß mancherlei gebracht habe, was jetzt noch Samenkorrosion werden muß, um den Reichstag zu entlasten. Es werde nötig sein, daß auch ein Reichskulturrat geschaffen werde. Vor dem Minister hatte der österreichische Gesandte, Professor Hartmann, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der unattraktive Zustand, daß ein deutscher Stamm von dem Mutterlande abgetrennt werde, bald aufgehört werde.

**Der Landarbeiterstreik in Pommern.** Der Streik der pommerschen Landarbeiter beginnt sich immer weiter auszubreiten. Nach einer heute vorliegenden Meldung wird fast im gesamten Kreis Adelsin, Stolp und Rosberg gestreikt. Auf einigen Gütern wird sogar die Poststandsarbeit verweigert. Verschiedentlich ist es zu Gewalttätigkeiten gekommen und Arbeitswillige wurden mißhandelt. Auf einem Gute im Kreise Stolp haben sich die Landarbeiter sogar bewaffnet. Der Regierungspräsident von Adelsin hat von Steetin eine Abteilung Sicherheitspolizei erbeten.

**Die Verhandlungen mit Krassin.** Der belgische Handelsminister, der aus London zurückkehrte, berichtete im belgischen Ministerrat über die mit Krassin geführten Verhandlungen. Der Ministerrat hat grundsätzlich beschlossen, den Versuch zu machen, die Wirtschafts-, Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen wieder aufzunehmen, doch wird Belgien von Sowjetrußland dieselben Garantien wie Lloyd George verlangen.

**Der Bolschewismus zur Versöhnung bereit.** Der Präsident im Moskauer Sowjet, Kamenev, hat dem Berichterstatter der Daily News, der die englische Arbeiterabordnung begleitet hatte, gesagt: Unser Ziel ist nicht, den Kommunismus in den anderen Ländern mit Hilfe von Bajonetten und Gewehren einzuführen, also sollten gegenseitige Beziehungen möglich sein.

**Japan wird dringlich.** Die japanische Regierung hat bei der chinesischen Regierung in der Schantungfrage Schritte unternommen. Sie betont, daß China die Eingliederung Japans in die Rechte Deutschlands anerkannt hat und daß zur Abänderung dieser von China anerkannten Rechtslage Verhandlungen notwendig sind. Wenn China erklärt, daß es diese Verhandlungen ablehne, weil es mit einer Nation nicht verhandeln könne, die sich solche Rechte angemaßt habe, so tut es dadurch kund, daß die Ungleichheit dem Völkerbund unterbreitet werden muß.

# Sie Ihre Grenz-Spende

## für die Volksabstimmung

dem Deutschen Schuhbund  
Annahmestelle:  
Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

### Von Stadt und Land.

Am 21. Juni 1920.

**Das Reichsnotenpapier.** Es wird amtlich nochmals darauf hingewiesen, daß die Vergütung von 8 v. H. bei Barvoranzahlungen auf das Reichsnotenpapier nur noch bis 30. Juni gewährt wird. Bis zum 31. Dezember 1920 beträgt die Vergütung nur noch 4 v. H. Wer sich also die erhöhte Vergütung zunutze machen will, zahle umgehend in bar oder durch Ueberweisung an die zuständige Reichsbankanstalt oder Finanzkasse (bei der Bezirkssteuerentnahme), wo auch nähere Auskunft eingeholt werden kann.

**Neue Verkehrsbeschränkungen im Herbst?** Wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, dürfte für Sachen die vom Reichsverkehrsministerium in Aussicht stehende Einschränkung, soweit sich jetzt voraussehen läßt, kaum in Betracht kommen. Selbstverständlich finden die durch den Rückgang des Ausflugsverkehrs bedingten üblichen Herbstbeschränkungen statt.

**Süßstoffverkauf in Kleinhandelsgeschäften.** Bei der Reichszuckerstelle sind Beschwerden darüber eingelaufen, daß Süßstoff in Kleinhandelsgeschäften ohne irgendwelche Beschränkungen abgegeben wird. Es wird deshalb erneut darauf aufmerksam gemacht, daß der Verkauf von Süßstoff in H-Verpackungen an Verbraucher nur gegen Vorlegung des Stammschnittes einer Zuckerarte bis zu 8 H-Verpackungen — in jedem Falle auf dem Stammschnitt mit Winte oder durch Farbtemper zu vermerken ist.

**Der Reisepaß für Oberschlesien.** Über den vor kurzem das französische Konsulat neue Bestimmungen erlassen hat, darf nicht verwechselt werden mit den Ausweisen, deren die Abreisenden bei ihrer Fahrt in den Heimatsort zur Abgabe ihrer Stimme bedürfen. Die Passformalitäten, mit denen die Zahlung einer Gebühr von 3350 Mark für das französische Visum verbunden ist, kommen lediglich für die ge-

wöhnlichen Reisen in das besetzte Oberschlesien in Frage. Die Beschaffung der für die Abstimmung erforderlichen Ausweise dagegen geschieht völlig kostenlos und ohne Mühe für den Abstimmungsberechtigten, wenn er soweit das noch nicht geschehen ist — sich darüber vergewissert, daß er in der Liste der Abstimmungsberechtigten bei der Bezirksgemeinschaft der Vereinigten Verbände heimatsortlicher Oberschlesier für Aus und Umgegend, Vorsitzender Oberingenieur U. Sladeczek, Körnerstraße 1, eingetragen ist.

**n. Gedenksteinweihe.** In schönster Weise verlief am gestrigen Sonntag die Weihe des Gedenksteines, den der Verein Turnerschaft von 1878 seinen im Kriege gefallenen Turnbrüdern im Stadtpark errichtet hat. Ein stattlicher Festzug bewegte sich unter Vorantritt eines Musikchors um 2 Uhr vom Vereinslokal nach dem Stadtpark; an ihm nahmen auch die Hinterbliebenen teil. Den Gedenkstein übergab dessen Schöpfer, Turnwart Schwarz, unter markigen Worten dem Verein und der Vereinsvorsitzende übernahm ihn unter Worten des Dankes. Turnlehrer Lange weichte den Gedenkstein unter herrlichen, zu Herzen gehenden Worten. Nachdem die Hülle gefallen war, nahm der Vorsitzende nochmals Gelegenheit, allen denen zu danken, die zur Schaffung dieses Ehrenmales beitrugen. Nachzutragen ist unseren bisherigen Wittstellungen noch, daß auch der Vereinswirt E. Schmidt (Schützenhaus) mit zu den Förderern des Unternehmens gehört. Musikstücke der Orchestervereinigung und Wieder der Sängervereine des Vereins umrahmten die schöne Feier. Von den Hinterbliebenen und der Kluge Germania wurden Kranz niedergelegt. Der Feiler schloß sich ein Schauturnen auf dem Turnday an.

**Angestelltenbewegung.** Zu der unter dieser Spitzmarke in unserer Ausgabe vom 18. Juni abgedruckten Notiz, in der wir die Resolution einer Angestelltenversammlung veröffentlichten, werden wir von interessierter Seite gebeten, mitzuteilen, daß die Wäscheindustrie entgegen der Behauptung in der Resolution ausdrücklich die Tariffrage der Metallindustrie nicht anerkannt und erklärt hat, daß eine Stellungnahme der hiesigen Wäscheindustriellen nur nach vorheriger Befragung der drei Zentralen im Reich erfolgen könne.

**Lebensmittel für Aus ab heute.** Montag nachmittag: Die Inhaber der Kontrollnummern 1 bis 1450 erhalten gegen Abschnitt St der roten Warenkarte 125 Gramm Quarz zum Preise von 90 Pfg.

**Genügend Kartoffeln!** Nach den bei der Reichskartoffelstelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfstellen fast unterschiedslos mit Kartoffeln aus der alten Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Ankauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln freizugeben. Da voraussichtlich von Mitte Juli ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, ist jedoch zunächst die Einfuhr bis 20. Juli befristet. Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Kartoffeln ebenfalls bis 20. Juli verlängert.

**Sachlens Kosten für die Erwerbslosen-Unterstützung.** Im neuen jährlichen Haushaltsplan werden bekanntlich 155 Millionen Mark angefordert zur Deckung der Staatsbeiträge für die Erwerbslosen-Unterstützung. Das bedeutet für ein so kleines Land wie Sachsen eine unter den veränderten Verhältnissen fast unentragliche Belastung. Sachsen muß nach den jetzigen Bestimmungen etwa 25 Prozent der gesamten in Deutschland gezahlten Erwerbslosen-Unterstützung aufbringen, denn es hat neben Hamburg die meisten Erwerbslosen. Da sich deren Zahl jetzt infolge der Wirtschaftskrise immer mehr vermehrt, ist es begreiflich, daß man in der sächsischen Regierung auf Abänderung der bisherigen Bestimmungen drängt. Würden die Kosten für die Unterstüzung der Arbeitslosen auf den Kopf der Bevölkerung umgelegt, so würde Sachsen nur 7,8 Prozent, statt der erwähnten 25 Prozent, mithin weniger als ein Drittel der bisherigen Kosten, zu tragen haben. Sachsen hat daher im Reichsrat einen Antrag eingebracht, wonach die Kosten im Wege des Ausgleichs aufgebracht werden sollen, berechnet nach der Kopfzahl der Bevölkerung.

### Theater, Konzerte, Vergnügungen.

**Die Bildung eines Gemeindevorstandes.** Das künstlerisch-wertvolle Konzert- und Kammermusikabende den beteiligten Orten zu bieten in der Lage ist, ist, wie unsere Leser wissen, das Bestreben kunstliebender Kreise nicht nur in Aus, sondern in unterliegenden Bezirken. Wir haben auch schon mitgeteilt, daß als führende Persönlichkeit für dieses Unternehmen der schwebische Hofkonzertmeister Kletmann in Dresden in Aussicht genommen ist, und damit dieser Gelegenheit habe, sich den musikalischen Kreisen des Bezirkes wie den Vertretern der interessierten Gemeinden zu empfehlen, war am Sonnabend nachmittag 8 Uhr ein Kammermusikabend in der Aula der Oberrealschule arrangiert worden, zu dem als Mitwirkende noch gemonnen worden waren der bekannte Cellist Professor Rieker-Dresden und unser heimischer Meister Finanz- und Baurat Lehner-Schwarzenberg. Daß das erwähnte Unter- und Vor- und Vorkonzert vorhanden ist, zeigte der überaus gute Besuch der Veranstaltung und es konnte festgestellt werden, daß daran die Umgebung in erheblichem Maße beteiligt war. Bevor das Programm seinen Anfang nahm, hielt Bürgermeister Hofmann eine kurze Begrüßungsansprache, darauf hinweisend, daß im letzten Winter mehrere Kammermusikabende in Aus stattgefunden haben, und daß, wenn trotz der vorgerückten Jahreszeit, jetzt noch ein solcher veranstaltet werde, dies des besonderen Zweckes wegen geschähe, ein Gemeindevorstandesbeirat ins Leben zu rufen. Dieses solle in unserem Bezirke als Zentrale für musikalische Kultur dienen, ein guter Gedanke, über den man theoretisch sich klar sei, dessen Umfassung in die Praxis aber sicher nicht so einfach sein würde. Dazu geböre große Energie, und einen Mann, der über diese verfügt und dazu den Ruf eines besonders tüchtigen Beirats und Pianisten genießt, glaube man in der Person des Herrn Kletmann gefunden zu haben, der schon einmal in der Feiernmärkten, jetzt leider scheinbar gemissenen Stadt Warburg den gleichen Gedanken erfolgreich verwirklicht hat. Die Grundzüge dafür sei bei uns gegeben, der Ertraggeber sei musikalisch, es bedarf nur der rechten Veranlassung, um in ihm das Verständnis für höhere Kunstbestrebungen zu erwecken. Bürgermeister Hofmann stellte darauf Herrn Kletmann den Anwesenden vor, sodann begann der Kammermusikabend, dessen Programm eine feine künstlerisch-geschmackvolle Zusammenstellung aufwies und wertvolle Gaben besser Musik enthielt. Hofkonzertmeister Kletmann führte sich ein als ausgezeichnetes Violoncellist mit vorzüglicher Bogenhaltung und vollendetem Strich und Ton. Namentlich in einem Vaganinischen Konzert zeigte er seine Künstlerkraft in bestem Lichte, die scharfsten Akzente, Passagen und Doppelgriffe boten ihm nicht das geringste Hindernis. Ausgerüstete Technis, ein Ton von stillichem Schmelz und vornehm Ruhe zeichneten sein Spiel aus. Scharf Wohlklang entströmte auch dem Instrumente Professor Kletmann, der in Aus schon bestens bekannten hervorragenden Meisters auf dem Cello und auch Finanzrat Lehner



**Vermischtes.**

**Billigere Zigarren?** Die allgemeine Kritik hat schon in vielen Branchen zu bedeutenden Preisherabsetzungen geführt. Infolgedessen ist das Publikum leicht geneigt, übertriebene Erwartungen daran zu knüpfen und es wird darin durch irrige Meldungen in den Tageszeitungen unterfüttert. So ging kürzlich eine Nachricht durch die Presse, wonach außerordentliche Preisherabsetzungen im Zigarrenhandel zu erwarten seien. Mannheimer Fabrikanten hätten ihre Zigarren zur Hälfte des bisherigen Preises angeboten und die Zigarrenfabrikanten seien überreichlich mit Rohtabak eingedeckt und fürchteten für ihren Absatz. Hierzu ist wahrheitsgemäß zu bemerken, daß die Zigarrenfabrikation in ihrer Rohstoffbeschaffung kontingentiert ist, von einer Ueberfüllung der deutschen Rohstofflager gar keine Rede sein kann, im Gegenteil ist hier auch noch nicht annähernd der Friedenszustand erreicht. Alle Fabrikanten dürfen immer nur für ganz kurze Zeit ihren Tabak gegen Bezugschein einkaufen. Erfreulicherweise ist der Rohstoff selbst aber entsprechend dem Steigen unserer Wärate und dem Nachlassen der Preise auf dem Weltmarkt billiger geworden und dementsprechend ist auch eine ganz natürliche Verbilligung der Zigarren zu erwarten, die sich jedoch in bescheidenen Grenzen bewegen dürfte.

**Ausbeutung eines neuen Braunkohlenlagers.** Die Firma Thyssen in Hamborn hat laut Essener Bergwerkszeitung mit den Vorarbeiten zur Ausbeutung des Braunkohlenlagers bei Dreisdorf begonnen, dessen Umfang auf etwa eine Million Kubikmeter Braunkohle geschätzt wird.

**Verkauf der Feste Ruffstein.** Wie der Berliner Lokal-Anzeiger meldet, soll die Feste Ruffstein an ein Wiener Konsortium verkauft und wiederveräußert werden. Der Gemeindevorstand von Ruffstein hat schließlich Einspruch dagegen erhoben.

**Nach der Tod ist nicht umsofort.** Unter den neuen städtischen Gebühren in Frankfurt am Main, die künftig erhoben werden sollen, befindet sich auch eine Beerdigungsgebühr, die im Ertrage von 6 Prozent des Einkommens bis zur Höchstsumme von 10000 Mark festgesetzt werden soll.

**Ein Eisenbahnzug von einer Räuberbande überfallen.** Aus Ling am Rhein meldet ein Drahtbericht: In der Nacht überfiel eine Räuberbande einen Güterzug und raubte Tabak, Kaffee und andere Waren. Vorher war von der

etwa 10 Äpfel starken Bande der vom Bahnwärterhaus zum Einfahrtssignal führende Draht durchschnitten worden.

**Grabschänder an der Arbeit.** Ein Leiber heute nicht mehr vereinzelt dastehender Akt von Vandalismus ist in GÖrlitz verübt worden. Am Freitag nachmittag wurde dort die Tochter eines Stadtgartenbesizers beerdigt. In der folgenden Nacht ist von unbekanntem Tätern das Grab ausgehauelt, der Sarg erbrochen, die Leiche vollständig entkleidet und der Sarg beraubt worden. Die Leiche wurde früh nach am Grabe aufgefunden.

**8000 streikende Schulkinder.** Von 8000 Kindern der katholischen Volksschulen in Herne i. Westf. befinden sich seit drei Wochen 7500 im Streik. Der Herner Zentral-Elternauschuss verlangt die anderweitige Verwendung von vier Lehrern, die nicht mehr auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen.

**Die Sparfamille in England.** Aus London wird gemeldet: Die Daily Mail schreibt, daß das prächtige Pfingstweitere eine mächtige Stadtflucht nach dem Lande bewirkt habe. Trotzdem aber haben die Eisenbahngesellschaften im Vergleich zu früheren Jahren viel weniger Züge fahren müssen, weil wegen der beträchtlichen Fahrpreiserhöhungen viele Leute auf ihre übliche Pfingstfahrt verzichtet haben und weil im allgemeinen die Ermahnung zu großer Sparsamkeit, die von der Regierung überall gepredigt wird, befolgt wird.

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Lieferung der Bezirkslebensmittelkarte**

in der Woche vom 21. bis 27. Juni 1920:

Marke U 1	für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahr (violetter u. roter Druck): 250 g Anorrs Ainhernahrung und 125 g Teigwaren,
Marke U 1	(schwarzer Druck): 100 g Teigwaren, 250 g Eiernahrungsmittel und 250 g Bohnen,
Marke U 2:	125 g Hülsenfruchtmehl,
Marke U 3:	125 g Runkelrübe,
Marke U 4:	90 g Margarine,
Marke U 6:	75 g Quark, soweit vorhanden.

**Verkaufschichtpreise:**

Teigwaren	2.00 Mark für 1 Pfund
Eiernahrungsmittel	2.80 " " 1 "
Bohnen	3.80 " " 1 "
Hülsenfruchtmehl	1.20 " " 1 "
Runkelrübe	7.30 " " 1 "
Margarine	12.75 " " 1 "
Quark	3.80 " " 1 "

Sollte infolge von Transportchwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe der Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfang möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Schwarzenberg, am 21. Juni 1920.  
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

**Aue. Pferdefleischverkauf**

Dienstag, 22. Juni, vorm. 1/2 10 — 11 Uhr bei Rofschlächter Brause. Gältig sind die Karten Nr. 4701 — 5350. Auf Abschnitt K entfällt je ein Viertelpfund. Die vorstehenden Zettel sind genau einzuhalten, da eine spätere Belieferung ausgeschlossen ist.  
Aue, den 21. Juni 1920. Der Rat der Stadt.

**Kirchennachrichten.**

**St. Nikolai.**  
Mittwoch, 23. Juni: Abend 8 Uhr Bibelst. im gr. Pfarrhaussaal über die Offenb. Johannis: Pfr. Lehmann.  
Donnerstag, 24. Juni: Abend 8 Uhr Johannesfeier auf dem Friedhofe: Pfr. Derzog. Textfolge am Eingange des Gottesackers für 10 Pfg. erhältlich.

**Herren-Dauerwäsche**  
gute Qualität sehr preiswert

Stehkragen, spitz zulaufend	Stück 10.50
Stehkragen, glatte Form	Stück 13.50
Stehkragen mit umgelegten Ecken	Stück 14.50
Stehumlegekragen, tief oder hoch	Stück 17.50
Umlegekragen	Stück 14.50
Vorhemden mit gepreßter Falte	Stück 18.50
Manschetten, 2 Knopf	Paar 19.50

Große Auswahl farbige Selbstbinder  
9.50 14.50 16.50 22.50 28.50

**Kaufhaus Schocken**

**Wilhelm Laukner**  
**Helene Laukner geb. Friedemann**  
danken herzlichst für die zu ihrer Vermählung in so reichem Masse erwiesenen Aufmerksamkeiten.  
Aue (Waldstr. 30), am 21. Juni 1920.

**Drucksachen**  
für Familien-Angelegenheiten  
liefert schnell und in bester Ausführung die Buchdruckerei  
**KuerTageblatt**  
Ernst-Papst-Str. 19.

**Ofenwische Kosak**  
gibt sofort auf allen Eisenteilen schönsten Silberglanz.  
Kleiniger Hersteller: Carl Ventner, Öppingen (Wettbg.).



Für die uns anlässlich unserer  
**VERMÄHLUNG**  
in so reichem Maße dargebrachten Glück- und Segenswünsche danken wir, zugleich im Namen der Eltern, herzlichst.  
**Gustav Hühne und Frau**  
Lisbeth geb. Baumann.  
Aue, Aschersleben, im Juni 1920.

**Deutsche Ostmesse**  
**Königsberg**  
15. bis 20. August  
Fünf Hauptgruppen:  
1. Gesamter Bedarf der Landwirtschaft (Maschinen, Geräte und alle Bedarfsgegenstände für den landwirtsch. Gross- u. Kleinbetrieb).  
2. Gewebe u. Bekleidung, Schuh- u. Lederw.  
3. Möbel und Hauswirtschafts-Gegenstände.  
4. Nahrungs- und Genussmittel, chem. und pharm. Erzeugnisse. 5. Ostpreuss. Spezialitäten. Anmeldungen an das Messamt baldigst erbeten!

**Feinste Holländische Import-Zigarillos**  
aus rein Uebersee-Tabaken in eleganten Taschen à 10 und 20 Stück Mk. 580.— per Mille franko. Kleinverkaufspreis 75 Pfennig pro Stück. Verlangen Sie Probepäckchen mit 200 Stück zu Mk. 116.— franko Nachnahme.  
M. Mirow, Zigarrenfabrik, Hamburg I.

**Wäsche-Factoreien**  
gesucht, welche Kragen, Hemden u. Serviteurs aus gegebenen Stoffen evtl. selbst eigensinnig zuschneiden und steppen.  
Angebote unter „A. T. 4624“ an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Zöpfe**  
empf. in großer Auswahl  
**Stern & Gauger**  
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue  
Westuferstr. 48 am Wettinplatz

Am 30. Juni stattfindend.  
**Inventur**  
halber erbitte alle Rechnung, bis spätestens den 25. d. M.  
**A. Schlesinger, Oberschlema.**  
Stickereifabrik.

**Gebr. Möbel**  
aller Art  
kauft zu guten Preisen  
**Möbel-Schmidt,**  
nur Albertstr. 6. Kein Laden.  
Fernsprecher 607.

**Guterhalt. Schrank**  
zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.  
**Gehrod - Anzug,**  
nur dreimal getragen, preiszu verkaufen.  
Wettinerstr. 86, I.

**Kinder-Klappsporthwagen**  
zu verkaufen. Zu erfragen im Auer Tageblatt.  
**1 Gasocher**  
zu verkaufen.  
Auerhammerstr. 41, I, I.

**Heilsalbe COMBUSTIN**  
Brot erweichen für Brandwunden, Flechten, Offene Füsse, Adernentzündungen, Wunden, tiefe Hauterkrankungen.  
Erfolgreich!  
Allen Apotheken, Winter in Chemnitz, Aet. Pharm. Präparate Fabrik



**Apollo-Lichtspiele Aue**  
Bahnhofstr. ALA Fernruf 768  
Heute Montag letzte Aufführung des großen Bild-West-Schau-Spiels **Die Cowboys vom Apachefort**, 8 Akte, außerdem **Der Judas**, Traßb. in 6 Akten.  
Dienstag bis Donnerstag den 22. bis 24. Juni:  
**Zwei Sensations-Schauspiele!**  
**Schwarze Perlen**  
Kriminal- und Detektiv-Schauspiel in 4 Akten. Die Liebes-Tragödie einer jungen Gräfin.  
Hauptdarsteller: Eva Mai und Johannes Niemann  
**Der Erbe von Staldingsholm**  
Sensations-Schauspiel in 4 Akten aus dem Leben eines Zigeunerkinde.  
Hauptrollen: Dr. Bergner und Karl Wedersachs.  
Täglich 2 Vorstellungen. Beginn 7/7 und 7/8 Uhr.

die an dem  
**Damen, Abend-Kursus**  
in Tafeldecken, Servieren, Benutzen bei Tisch u.s.w. teilnehmen wollen, werden gebeten, sich am Mittwoch, den 23. Juni 1/2 Stunde vor Beginn des 7-Uhr-Kursus im Hotel „Burg Wettin“, Aue, einzufinden, Kursus findet mit Tafelgerät statt. Empfehlungen erster Kreise.  
Institut für Frauenbildung: Frau E. Hartwig.

**Beretreter für Nahrungsmittelfabrik.**  
Der hohen Lohn- und Dienstlohn wegen lasse nicht mehr Generalberetreter werden deshalb in allen Bez. bei einem monatlichen Verdienst von 8-4000 Mark gesucht. Zur Uebernahme des Warenlagers sind 4-6000 Mark erforderlich. Branchenkenntnisse nicht erforderlich. Auch für Nichtkaufleute geeignet.  
**C. D. Schmidt, Nahrungsmittelfabr., Erfurt.**

**„Veaga“.**  
Mittwoch, 23. Juni, abends 8 Uhr, im **Bürgergarten Versammlung.**  
Tagesordnung:  
Eröffnung eines Algebra-Kursus.  
Allseitiges Erscheinen ist dringend erwünscht.  
Der Vorstand.